

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 6

Artikel: Ein Patt - aber sozialistisch : zur Regierungsbildung in Serbien
Autor: Stankovi. Velibor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092859>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Regierungsbildung in Serbien

Ein Patt – aber sozialistisch

In den nächsten Tagen soll das serbische Parlament (endlich) eine neue Regierung wählen. Slobodan Milošević erklärte dazu, es werde eine «Regierung der nationalen Einheit» sein, deren Programm überparteilich und deren Präsident ein Mann der Verständigung und des Konsens sein werde, der vielleicht nicht einmal einer Partei angehören würde.

Diese Worte, die er bei einem Treffen mit Vertretern der Opposition geäußert hatte, sind in der Öffentlichkeit mit Recht auf Skepsis gestossen; denn der erste Schritt, den Miloševićs Sozialistische Partei tat – sie liess Zoran Arandjelović für den Vorsitz der Nationalversammlung kandidieren –, zeigte, dass die Sozialisten eben gerade nicht eine Änderung in der Machtkonstellation wollten. Arandjelović ist der Präsident des im September letzten Jahres aufgelösten Parlaments, und in dieser Funktion hatte er sich in den Augen der Opposition wegen der Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Sešelj's Radikalen vollständig kompromittiert.

Jedem vernünftigen Politiker sollte bei der Konstituierung der neugewählten Nationalversammlung klageworden sein, dass zum einen die Sozialisten die Opposition hätten berücksichtigen müssen, weil sie sonst nicht genügend Stimmen

auf sich vereinigen könnten, und zum anderen, und das ist noch wichtiger, dass die Versammlung Arandjelović nicht billigen würde. Dass er trotzdem kandidierte, kann nur als altbekannte Machtdemonstration der Sozialisten gewertet werden, um der Opposition klarzumachen, dass sie auch nach der Dezemberwahl das Feld nicht kampflös räumen würden.

Zum «Kompromiss» gezwungen

Konfrontiert mit dem geschlossenen Widerstand der Opposition haben indessen die Sozialisten zurückweichen und eine andere Persönlichkeit vorschlagen müssen, nämlich Dragan Tomić, einen Apparatschik ziemlich blasser politischer Herkunft, der in den vergangenen Jahren ohne politische Funktion als Generaldirektor der Ölfirma «Jugopetrol» fungierte.

Doch auch Tomić hatte nur gerade das nötige minimale Mehr für den Sitz des Parlamentspräsidenten erhalten, und dies auch nur wegen des Votums von vier Abgeordneten der Demokratischen Partei. «Dies haben wir nicht aus Nachgiebigkeit gemacht», erklärte Djindjić, «sondern um die Pattsituation zu überwinden.» Und weiter: «Die politische

Die Sozialisten wollten eben gerade nicht eine Änderung in der Machtkonstellation.

Konfrontiert mit dem geschlossenen Widerstand der Opposition haben die Sozialisten für den Posten des Parlamentspräsidenten jemand anderen vorschlagen müssen.

Einschätzung gebot es, als Gesetzgeber und damit höchste Instanz etwas zu tun, damit die Regierung nicht mehr weiter ohne Kontrolle amtieren konnte.» (Seit der Auflösung des Parlaments im September – sie erfolgte zur Verhinderung des Sturzes der Sainović-Regierung – muss diese nämlich im Amt bleiben, bis das neue Parlament und die neue Regierung bestimmt sind.)

Nach der kalten Dusche im Zusammenhang mit der Wahl des Parlamentspräsidenten haben die Sozialisten offenbar begriffen, dass sie bei der Zusammenstellung der Regierung Kompromisse eingehen müssen, um die nötigen Stimmen aus den Reihen der Opposition zu erlangen. Deshalb war aus sozialistischen Quellen noch vor dem offiziellen Vorschlag des neuen Regierungsvorstandes zu hören, dass die Sozialisten zur Verständigung mit der Opposition bereit seien. Allerdings unter zwei Bedingungen: Das Innen-(Polizei-)Ministerium muss in sozialistischen Händen bleiben, und zweitens muss die Opposition den von Slobodan Milošević vorgeschlagenen Premierminister akzeptieren. Sollte die Opposition diese beiden Forderungen erfüllen, so seien die Sozialisten bereit, ihr die Hälfte der Ministerien zu überlassen.

Für diese Formel musste Milošević vermutlich erst einmal innerparteilichen Widerstand überwinden, denn der extreme Flügel schlägt jede Art von Kompromiss aus. Auch wenn dies bisher offiziell nie bestätigt wurde – alle bisherigen innerparteilichen Dispute und Brüche sind sorgfältig verheimlicht worden –, verbirgt sich hinter diesem Widerstand gegen Milošević auch die persönliche Furcht, dass der Parteiführer, um sich aus der politischen und wirtschaftlichen Falle, in die er geraten ist, zu retten, am Ende auch mit der Opposition paktieren und selbst die ergebensten Parteigänger fallenlassen würde.

Das Polizeiministerium und das Amt des Premierministers sollen aber in sozialistischen Händen bleiben.

Farbloser Kandidat als Premierminister

All dies widerspiegelt sich auch in der Persönlichkeit des neuen Kandidaten für den Premierministerposten, Mirko Marjanović, den Slobodan Milošević vor etwa zwei Wochen vorgeschlagen hatte.



Holz für die Winterheizung in Belgrad... (Foto: Keystone).

Marjanović ist ein Sozialist — das heisst, er entspricht Miloševićs Kompromissbereitschaft der eigenen Partei gegenüber —, aber gleichzeitig ist er auch ein Mann ohne politischen Leistungsausweis.

Marjanović ist der weiteren Öffentlichkeit unbekannt, da er sich bisher ausschliesslich mit Wirtschaftsangelegenheiten beschäftigt hatte, und seit 1979 ist er Direktor des grossen Belgrader Aussenhandelsunternehmens «Progres». Er gilt als Fachmann vor allem für den osteuropäischen und im besonderen für den russischen Markt. Manche meinen, dass eben dies für die Kandidatur als Premierminister ausschlaggebend war.

Trotzdem scheint der Weg zu einer Regierung der nationalen Einheit sehr ungewiss, weil die Mehrheit der Oppositionsparteien gegenüber einer Regierungsbeteiligung ernste Vorbehalte hat. Diese zu überwinden, dazu hatte ihnen auch die Kandidatur von Marjanović nicht verhelfen können. Seine einzige öffentliche Erklärung bestand in der Zusicherung, dass seine Regierung nicht das Bild des vorigen Kabinetts wiederholen werde. Fügt man diesen vagen Vorstellungen über das Regierungskonzept noch Meldungen aus sozialistischen Kreisen hinzu, wonach neben dem bisherigen Innen-(Polizei-)Minister Zoran Sokolović noch einige weitere «Falken» in der Regierung sitzen werden, dann sind die Vorbehalte der Opposition mehr als verständlich.

«Seitensprung» der Neuen Demokratie

Ihre Lage ist jetzt noch ungünstiger, da die künftige Regierung bereits zum vorneherein mit einer nur knappen Mehrheit im Parlament rechnen kann. Namentlich hat die Partei der Neuen Demokratie — bis anhin zur Opposition gehörend — nun plötzlich beschlossen, der Marjanović-Regierung beizutreten und dieser mit ihren sechs Abgeordneten die nötigen Stimmen in der Nationalversammlung zu sichern. Damit stellen sie zusammen mit den 123 Stimmen der Sozialisten die Mehrheit (deren 125 wären nötig), wodurch die Regierung, formell gesehen, bereits amtieren könnte, ohne die übrigen Oppositionsparteien berücksichtigen zu müssen.

Eine solche Lösung hätte natürlich nichts mit der versprochenen nationalen Einheit zu tun. Die Neue Demokratie ist eine kleinere Partei, die nur deshalb den Sprung ins Parlament geschafft hatte, weil sie sich der DEPOS, einem Zusammenschluss von vier demokratischen Oppositionsparteien unter der Führung der Serbischen Erneuerungsbewegung von Vuk Drašković, angeschlossen hatte. Ein solcher «Seitensprung» aus dem

Die Neue Demokratie, mit Hilfe der DEPOS ins Parlament gelangt, lief zu den Sozialisten über.

Oppositionslager, nur um einen Ministerposten zu ergattern, der für sie unter anderen Umständen nicht zu erreichen gewesen wäre, kann mit bestem Willen nicht als Zeichen nationaler Verständigung gelten.

Der Seitenwechsel der Neuen Demokratie verhilft den Sozialisten nun zum zweitenmal, ihre faktische Minderheit im Parlament zu überwinden. Zugleich darf aber nicht vergessen werden, dass sie zuvor die Unterstützung der Radikalen genossen, was kraft deren 70 Abgeordneten eine unbestreitbare Macht darstellte, die die Neue Demokratie nicht erreichen kann. Eine Mehrheit von vier Stimmen ist zwar immer noch eine Mehrheit, aber politisch nicht besonders überzeugend.

Patt auch für die Opposition

Die wichtigsten Probleme, vor denen das Parlament steht, ist, einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu finden und den Krieg in Bosnien-Herzegowina zu beenden. Und die Lösung dieser beiden Probleme kann nicht mit einer Mehrheit von vier Stimmen erreicht werden. Einer Parlamentsdebatte über den Frieden in Bosnien-Herzegowina als Vorbedingung für die wirtschaftliche Genesung des Landes sind die Sozialisten bisher ausgewichen, weil ihnen bewusst war, dass die Opposition sie hier in die Enge treiben würde. Nach Jahren des von den Sozialisten aufgedrängten Wettfeiern um die Frage, wer der grössere Nationalist sei, müsste die Opposition heute bei einem Rückzug der Sozialisten vom Kriegsschauplatz diesen Patriotismuskonzeptionen erteilen und Slobodan Milošević verdächtigen, die Serben ausserhalb Serbiens im Stich lassen zu wollen.

Die Regierungsbeteiligung der Opposition würde Miloševićs Politik mehr Legitimität verleihen, und dieser Umstand zwingt die Opposition zu mehr Vorsicht. Dies um so mehr, als die Sozialisten ja

auf kein Schlüsselministerium zu verzichten bereit sind. So kann es durchaus sein, dass die Opposition am Ende gar zur Verliererin würde.

Marjanović hat den wichtigsten Parteien der Opposition Bedenkzeit gegeben, derweil er selbst darauf baut, mit der Unterstützung der Neuen Demokratie das Amt des Premierministers bekleiden und die Regierung nach seinen eigenen Vorstellungen zusammenstellen zu können, wofür er auch bereits die ersten Kandidaten auserkoren hat. Bezeichnenderweise gehören zu diesen ausgewiesene Geschäftsleute, aber auch Stammhalter politischer Ämter wie der unvermeidliche Zoran Sokolović an der Spitze der Polizei. Einige unter ihnen gehören auch der Opposition an; doch sie haben die Kandidatur für die Ministerposten ohne Zustimmung ihrer Parteien angenommen, weswegen ihnen jetzt ihre Parteiführer mit Ausschluss drohen.

Sollte es bei der jetzigen Konstellation bleiben, so bekäme Serbien statt einer Regierung der nationalen Einheit eine solche der Fachleute mit starkem sozialistischem Einschlag. Dies aber würde bedeuten, dass sich die Politzene nicht ändern würde, selbst mit dem Risiko, dass Beschlüsse nur mit einer Vierstimmigenmehrheit durchkommen würden. Es sei denn, die zu Ministern promovierten Abtrünnigen würden noch weitere Oppositionelle nach sich ziehen und somit den Sozialisten zu weiteren Stimmen verhelfen... *Velibor Stanković*

Sollte es bei der jetzigen Konstellation bleiben, so bekäme Serbien statt einer Regierung der nationalen Einheit eine solche der Fachleute mit starkem sozialistischem Einschlag.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 331 27 75

... Steiger druckt's